

# „Auch Österreich hat in der EU eine Beistandspflicht“

EU muss nach Russlands Angriff auf die Ukraine auch militärisch zusammenrücken, sagt der Erste Vizepräsident des EU-Parlaments, Othmar Karas.

Von Alois Vahrner

**Innsbruck** – Niemand habe sich vorstellen können, dass mitten in Europa ein solcher Angriffskrieg gestartet wird, so Karas (ÖVP) bei seinem Tirol-Besuch gegenüber der TT. Russlands Präsident Wladimir Putin wolle „das Rad der Geschichte und die friedliche Neuordnung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 zurückdrehen“. In der Ukraine, die von Wien nicht viel weiter entfernt sei als Innsbruck, würden von den Russen Menschen bestialisch getötet und vertrieben. Putin habe „einen Krieg nicht nur gegen die Ukraine angeordnet, sondern auch gegen Europas Demokratie und Werte“, betont Karas.

Für Europa und die Welt müsse dies ein Weckruf sein. Es sei nicht hinnehmbar, wenn Recht, Verträge und souveräne Grenzen auf solch brutale Weise verletzt würden, so Karas. „Da hätte ich permanent Angst.“ Die EU müsse weiter zusammenrücken und ihre Außen- und Sicherheitspolitik stärken. Auch sehe man nun noch massiver, wie wichtig der

Green Deal der EU sei, der Europa bis 2050 mit dem Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll. Die EU brauche vom Klima über die Coronapandemie bis zum Ukraine-Krieg „höchste Entschlossenheit“, sagt Karas.

Das Zusammenrücken brauche es gerade auch in der Außenpolitik und bei der Verteidigung. Innerhalb der EU gelte laut einstimmigem Beschluss für alle Mitglieder, auch für neutrale Staaten wie Österreich, eine gegenseitige

Beistandspflicht, so der EU-Parlaments-Vizepräsident. Dazu brauche es eine ehrliche Debatte und kein Verstecken hinter der Neutralität.

Die 27 EU-Länder würden für ihre Armeen in Summe im Jahr viermal so viel ausgeben wie Russland und ein Drittel wie die USA. Es fehle aber stark an Effizienz, zudem seien die Heere vielfach nicht kompatibel. Innerhalb der NATO hätten die EU-Länder nur 20 Prozent Anteil.

Die EU werde nie jemanden angreifen, sie müsse sich aber „zu Land, zu Wasser, in

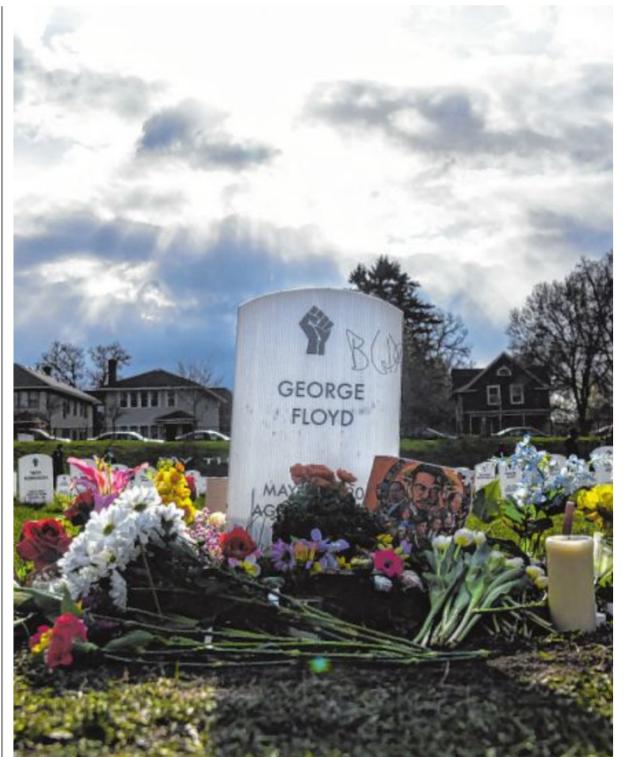
der Luft und im Weltraum“ schützen können. Sowohl die Abwehr von Cyber-Angriffen wie das Zusammenrücken der Streitkräfte, Geheimdienste, Terrorismusabwehr und Internet-Kriminalität müssten zu europäischen Projekten werden, verlangt Karas. Nicht nur die baltischen Staaten fühlten sich durch die russische Aggression bedroht, in Schweden und Finnland gehe die Tendenz in Richtung NATO-Beitritt, weil man sich in einem Bündnis sicherer fühle als allein.

In Sachen Energieabhängigkeit von Russland („die EU-Länder zahlen täglich eine Milliarde in Putins Kriegskasse“) habe man das Aus für russische Kohle-Importe beschlossen. Öl werde bald folgen. Beim Gas, wo gerade Österreich zu 80 Prozent abhängig ist, wolle man die völlige Unabhängigkeit bis 2027 schaffen.

Karas rechnet damit, dass der Ukraine im Juni der Status als EU-Beitrittskandidat eingeräumt wird. Das bedeute noch längst nicht den Beitritt, aber das „klare Signal der EU an die Ukraine, ihr seid nicht allein!“.



Othmar Karas will, dass die Geheimdienste enger kooperieren. Foto: EVP



Installation einer Künstlerin in Minneapolis zu Ehren von Opfern von Polizeigewalt. Floyds Tod wühlte die USA auf. Foto: AFP/Khanna

## Rassistisches Muster bei Polizei

**Minneapolis** – Knapp zwei Jahre nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd bei einem brutalen Polizeieinsatz zeigt ein offizieller Bericht weit verbreiteten Rassismus bei der Polizei in der US-Metropole Minneapolis auf. „Die Mitarbeiter der Stadt und der Polizei von Minneapolis beteiligen sich an einem Muster oder einer Praxis von ethnischer Diskriminierung unter Verletzung des Menschenrechts-Gesetzes (des Bundesstaats Minnesota, Anm.)“, heißt es in dem Bericht der zuständigen Behörde für Menschenrechte.

So gebe es deutliche Unterschiede im Umgang von Polizisten mit Bürgern etwa bei Verkehrskontrollen, Durchsuchungen oder Festnahmen, je nachdem, ob sie weiß oder schwarz seien. Beamte hätten soziale Medien genutzt, um schwarze Personen oder Organisationen zu überwachen, ohne dass es einen Zusammenhang mit

Ermittlungen gab. Zudem sei „ständiger Gebrauch rassistischer, frauenfeindlicher und respektloser Sprache“ belegt.

Die Behörde hatte die Ermittlungen nach dem Tod von Floyd 2020 aufgenommen. Ein weißer Polizist hatte minutenlang sein Knie auf Floyds Hals gedrückt, während dieser flehte, ihn atmen zu lassen. Floyds Tod löste landesweite Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt aus, die auch in den Wahlkampf hineinspielten. Der Polizist wurde später u. a. wegen fahrlässiger Tötung zu 22,5 Jahren Haft verurteilt.

Der Bericht zeigt auch, dass nichtweiße Bürger überproportional von tödlicher Polizeigewalt betroffen sind. Zwischen 2010 und 2022 tötete die Polizei in Minneapolis 14 Menschen im Einsatz – 13 davon waren schwarz oder indigener Herkunft, wobei der Anteil der nichtweißen Bevölkerung in der Stadt bei 42 Prozent liegt. (TT, dpa)

## Österreicher starb bei Brückeneinsturz

**Manila** – Ein Österreicher ist Mittwochnachmittag bei einem Brückeneinsturz auf den Philippinen ums Leben gekommen. Er und drei Einheimische starben, als eine jahrzehntealte Brücke auf der Insel Bohol wegen Überlastung einbrach. Für den 30-jährigen Touristen auf Hochzeitsreise kam jede Hilfe zu spät. Mehrere internationale Online-Medien berich-

teten, dass sich der Kärntner mit seiner frisch angetrauten Frau in einem der zwölf Fahrzeuge befand, die nach dem Unglück in den Fluss stürzten. Seine Frau soll schwanger sein und den Unfall überlebt haben.

Ein Erdbeben hatte die Brücke 2013 beschädigt. Sie wurde dann repariert, sodass sie wieder für den Verkehr nutzbar war. (APA)

## Genozid-Verdächtigen an Ruanda ausgeliefert

**Stockholm** – Schweden hat einen mutmaßlichen Verantwortlichen der Massaker an den Tutsi an Ruanda ausgeliefert. Jean Paul Micomyiza wurde am Mittwoch bei seiner Ankunft in Kigali in Handschellen von zwei Polizisten abgeführt, wie AFP-Reporter berichteten. Er hatte seit 2007 in Schweden gelebt. Das schwedische Justizministerium bestätigte die Ent-

scheidung für die Auslieferung. Dem heute 50-jährigen wird eine Beteiligung an den Massakern vor allem an den Tutsi in den 90er-Jahren zur Last gelegt, bei denen rund 800.000 Menschen umgebracht worden waren. Nach Angaben der ruandischen Staatsanwaltschaft hatte Micomyiza den Auftrag, Tutsi-Zivilisten zu finden, die getötet werden sollten. (APA)

## Erdogan sucht Anschluss

Der türkische Präsident besucht erstmals nach Kashoggi-Mord Saudi-Arabien.

**Riad** – Mit grimmiger Miene ging der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am saudischen Kronprinzen vorbei und würdigte ihn keines Blickes. Das war vor drei Jahren, beim G20-Gipfel in Buenos Aires. Nicht nur Erdogan, zahlreiche Weltpolitiker schnitten damals den faktischen Herrscher Saudi-Arabien, Mohammed bin Salman. Niemand wollte sich mit jemandem ablichten lassen, der mutmaßlich verwickelt ist in einen der grausamsten politischen Morde der vergangenen Jahre: die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi.

Aber seitdem ist Zeit verstrichen, und die Zeichen stehen auf Annäherung. Am Donnerstag reiste Erdogan zu einem zweitägigen Besuch nach Saudi-Arabien. Saudischen Regierungskreisen zufolge soll er König Salman und auch den



2017 hatten sich der Kronprinz und der türkische Präsident (r.) zuletzt in Saudi-Arabien die Hände gereicht. Archivfoto: AFP/Türkischer Präsidentenpalast

Kronprinzen treffen. Der in der Region schon länger isolierte Erdogan scheint mit dem Kronprinzen nicht länger über Kreuz liegen zu wollen.

Hintergrund dürfte auch die missliche Lage sein, in der sich Erdogan befindet. Die türkische Landeswährung Lira

verliert an Wert, die Inflation steigt und damit die Unzufriedenheit der Bevölkerung – Erdogans Umfragewerte sinken. Das Verhältnis zu Europa und den USA hat sich im Zuge des Ukraine-Kriegs zwar wieder verbessert, ist aber dennoch angespannt. Erdogan sucht

neue Partner und wendet sich dabei nicht nur nach Saudi-Arabien. Auch mit Armenien, den Emiraten und Israel gab es zuletzt eine Annäherung. Saudi-Arabien wiederum hofft, den Fall nun ganz ad acta zu legen. Der Mord hat dem Land viel Kritik eingebracht und dem Image des Kronprinzen schwer geschadet. Regierungsnahe türkische Medien diskreditierten „MBS“ und verhalfen ihm sogar zum Spitznamen „Abu Minschar“ – übersetzt in etwa mit „Meister der Säge“. Saudi-Arabien überstand die Affäre ohne größere Schäden – auch dank Ex-US-Präsident Donald Trump, der aus wirtschaftlichem und politischem Interesse auf Sanktionen verzichtete.

Durchaus möglich, dass die Aufklärung des Falls Khashoggi nun auf der Strecke bleibt. (TT, dpa)

**LAND TIROL** Amt der Tiroler Landesregierung Abteilung Umweltschutz

**KUNDMACHUNG**

**Grenzüberschreitendes UVP-Verfahren**  
Verlängerung der Laufzeit KKW Krško, Slowenien  
Öffentliche Erörterung

Gemäß § 10 Abs. 7 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000 – UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 80/2018, wird kundgemacht:

Slowenien hat der Republik Österreich gemäß Artikel 4 des UN/ECE-Übereinkommens über die **Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen** (Espoo-Konvention) Unterlagen für die Verlängerung der Laufzeit des KKW Krško übermittelt. Für dieses Vorhaben wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach slowenischem Recht unter Beteiligung Österreichs durchgeführt.

Projektwerberin ist die Gesellschaft Nuklearna Elektrarna Krško d.o.o. (NEK d.o.o.; Kernkraftwerk Krško GmbH), Vrba 12, 8270 Krško, Slowenien. Zuständige UVP-Behörde ist das slowenische Ministerium für Umwelt und Raumplanung.

Nummehr wird in Österreich eine öffentliche Erörterung des Vorhabens durchgeführt, an der jede Person teilnehmen, Fragen stellen und sich zum Vorhaben äußern kann – eine Simultanübersetzung wird angeboten.

Zeit: Donnerstag, 19. Mai 2022, 17:00 – 22:00 Uhr  
Ort: Technische Universität, Hörsaal P1, Petersgasse 16, 8010 Graz

Teilnahme: Da der Platz vor Ort begrenzt ist, ist eine physische Teilnahme nur nach persönlicher und bestätigter Anmeldung unter [info-krsko@stmk.gv.at](mailto:info-krsko@stmk.gv.at) möglich. Ergänzend wird auf den Live-Stream der Erörterung hingewiesen, der in der TVthek des ORF verfügbar sein wird ([www.tvthek.orf.at](http://www.tvthek.orf.at)).

Hotline (nur für Fragen zur Veranstaltung) jeweils Di bis Do von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr: Tel. (0676) 8666 0851, (0676) 8666 0852, (0676) 8666 0853.

Für die Landesregierung:  
Mag. Julia Hanser